

Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1983 .	375
Gedruckte Realeinkommen dämpfen private Sparneigung	384

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 31/84

Berlin

2. August 1984

51. Jahrgang

Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1983

1982 und 1983 sind die grundlegenden makroökonomischen Kreislaufrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland revidiert worden: die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes¹ und die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank². Mit der vorliegenden Untersuchung wird die Berichterstattung des DIW über die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte³ an den revidierten Stand beider Gesamtrechnungssysteme angepaßt und zugleich aktualisiert.

Ersparnis, Vermögensübertragungen und Finanzierungssaldo der privaten Haushalte

1983 haben die privaten Haushalte⁴ insgesamt 123 Mrd. DM gespart; das waren 11,6 vH ihres verfügbaren Einkommens⁵. Seit 1970 hat sich die Ersparnis der privaten Haushalte mehr als verdoppelt. In den letzten Jahren indes war die Spartätigkeit rückläufig; 1981 hatte die Ersparnis um 14 Mrd. DM, die Sparquote um 2 vH-Punkte höher gelegen als 1983.

Zur Vermögensbildung der privaten Haushalte zählen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auch die Vermögensübertragungen. Von privaten Haushalten empfangene Übertragungen dieser Art sind die den Arbeitnehmern im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung zugewachsenen Anwartschaften auf spätere Zahlung von Alters- und Hinterbliebenenrenten⁶ sowie staatliche Spar- und Wohnungsbauprämien, Arbeitnehmersparzulagen, Kapitalentschädigungen für Kriegs- und Nachkriegslasten. Pensionszusagen haben für private Haushalte erheblich an Bedeutung gewonnen, seitdem im Jahre 1974 die betriebliche Altersversorgung gesetzlich neu geregelt wurde. Inzwischen können etwa zwei Drittel aller in der Privatwirtschaft tätigen Arbeitnehmer nach ihrem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zusätzlich zu den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung mit einer Betriebspension rechnen⁷. 1982 und 1983 indes sind die Rückstellungen der Unternehmen für Be-

¹ Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe S. 5, Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1981.

² Deutsche Bundesbank (Herausgeber): Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank. Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4, 4. Auflage.

³ Zuletzt: Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1978. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 19/1979.

⁴ Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (Kirchen, politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine u.ä.), die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im allgemeinen mit den privaten Haushalten zusammengefaßt werden.

⁵ Verfügbares Einkommen und Ersparnis in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und jeweils ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

⁶ Die im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung entstandenen Anwartschaften werden in der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank — abweichend von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes — nicht als Vermögensübertragung, sondern als Teil der privaten Ersparnis verbucht. Die Anwartschaften bei der gesetzlichen Rentenversicherung bleiben in beiden Gesamtrechnungssystemen außer Betracht.

⁷ Vgl. Bernd von Maydell: Betriebliche Altersversorgung. In: Darstellung der Alterssicherungssysteme und der Besteuerung von Alterseinkommen. Gutachten der Sachverständigenkommission Alterssicherungssysteme vom 19. November 1983, Berichtsband 2.

Ersparnis, Vermögensübertragungen und Finanzierungssaldo der privaten Haushalte¹⁾
in Mrd. DM

Jahr	Ersparnis ²⁾	Empfangene ³⁾ Vermögensübertragungen	Geleistete ⁴⁾	Finanzierungssaldo		
				Geldvermögens- bildung	Kredit- aufnahme ⁵⁾	ins- gesamt
1970	59,1	8,3	12,7	59,0	4,3	54,7
1971	63,9	11,1	15,0	67,2	7,2	60,0
1972	76,1	12,6	19,1	80,0	10,4	69,6
1973	79,8	12,7	20,2	77,6	5,3	72,3
1974	91,0	15,9	23,7	83,6	0,4	83,2
1975	103,9	17,7	25,3	104,0	7,7	96,3
1976	96,8	19,3	28,9	101,8	-14,6	87,2
1977	94,4	19,5	30,5	98,6	15,2	83,4
1978	99,4	19,8	33,2	104,4	18,4	86,0
1979	112,7	20,1	35,1	118,2	20,5	97,7
1980	123,0	22,0	37,0	120,4	12,4	108,0
1981	137,1	22,9	38,1	129,2	7,3	121,9
1982	135,8	19,2	37,5	126,7	9,3	117,4
1983	123,1	18,6	39,1	114,9	12,3	102,6

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.- 2) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.- 3) Nettozuführungen zu Rückstellungen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung, Spar- und Wohnungsbauprämien, Arbeitnehmersparzulagen (ab 1971), Entschädigungen für Kriegs- und Nachkriegsschäden u.ä.- 4) Anlage von Eigenmitteln in der Wohnungswirtschaft, Erbschaftsteuer, Beitragsnachentrichtungen an die Rentenversicherung nach dem Rentenreformgesetz von 1972 u.ä.- 5) Für Konsumzwecke.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1982, Reihe S. 5, Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1981; Finanzierungsströme sowie Bestände an Forderungen und Verpflichtungen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1983. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 5/1984.

trienrenten rückläufig gewesen. Hier hat sich offenbar ausgewirkt, daß die steuerlichen Vorteile, die Unternehmen aus der Bildung von Pensionsrückstellungen erzielen können, durch das 2. Haushaltsstrukturgesetz von 1982 eingeschränkt wurden. Auch die Vermögensübertragungen, die den privaten Haushalten vom Staat zugeflossen sind, haben in den letzten Jahren abgenommen; die Summe der Wohnungsbauprämien hat sich 1983 fast halbiert.

Als Vermögensübertragungen, die von den privaten Haushalten geleistet werden, erscheinen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im wesentlichen die Eigenmittel zur Wohnungsbaufinanzierung, die über Bausparkassen fließen⁸; das sind Auszahlungen angesparter Guthaben und Tilgungen von Bauspardarlehen. Bei diesen im privaten Wohnungsbau eingesetzten Eigenmitteln hat es in den siebziger Jahren eine zum Teil stürmische Entwicklung gegeben, die sich seit einiger Zeit indes spürbar verlangsamt hat. Zwar sind die Tilgungszahlungen auf Bauspardarlehen weiter kräftig gestiegen, die Summe der zugewiesenen Bauspareinlagen aber hat sich seit 1981 nicht mehr erhöht.

Weil die privaten Haushalte höhere Vermögensübertragungen leisten, als sie empfangen, ist ihr Finanzierungssaldo jeweils kleiner als ihre Ersparnis. 1983 ist die laufende Ersparnis der privaten Haushalte um 13 Mrd. DM niedriger ausgefallen als im Vorjahr, der Finanzierungssaldo indes war — weil die empfangenen Vermögensübertragungen ebenfalls abgenommen haben, die geleisteten Übertragungen aber gestiegen sind — sogar um 15 Mrd. DM geringer.

Geldvermögensbildung und -bestände der privaten Haushalte

Die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte ist 1983 auf etwa 115 Mrd. DM zurückgefallen, nachdem sie in den Vorjahren 129 Mrd. DM (1981) bzw. 127 Mrd. DM (1982) betragen hatte. Turbulenzen gab es in den letzten Jahren bei der Geldanlage auf Sparkonten: Während früher in der Regel jeweils mehr als ein Drittel des neugebildeten Geldvermögens in diese traditionelle Sparform floß, wurden 1981 per Saldo fast 3 Mrd. DM von Sparkonten abgezogen und zugleich erhebliche Mittel als Termingelder angelegt sowie zum Kauf festverzinslicher Wertpapiere verwendet.

1982, als die kurzfristigen Zinssätze nachgaben und die Banken zudem „Abwehrbarrieren“ für private Termingelder aufgebaut hatten, stockten die privaten Haushalte ihre Sparkonten allerdings wieder um 36 Mrd. DM auf, so daß sich die traditionelle Form der privaten Geldvermögensbildung bei einem Anteil von knapp drei Zehnteln „normalisierte“. 1983 sind etwas über 30 Mrd. DM

⁸ Diese Mittel werden in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als (fiktive) Vermögensübertragungen der privaten Haushalte an Unternehmen verbucht, weil in der VGR die gesamte Wohnungswirtschaft zum Unternehmensbereich zählt. Die nicht über Bausparkassen fließenden Eigenmittel privater Haushalte für den Wohnungsbau werden mangels statistischer Information in der Gesamtrechnung nicht erfaßt.

Die Vermögensübertragungen der privaten Haushalte an den Staat (Erbschaftsteuern, bis 1981 ferner Beitragsnachentrichtungen an die Rentenversicherung aufgrund des Rentenreformgesetzes von 1972) sind zahlenmäßig von geringem Gewicht.

Geldvermögensbildung der privaten Haushalte¹⁾

in Mrd. DM

Jahr	Spar- einlagen	Spar- briefe 2)	Sonstige Geldanlage bei Banken 3)	Geldanlage bei		Erwerb von			Sonstige Forderungen 4)	Ins- gesamt
				Bau- spar- kassen	Versi- cherungen	fest ver- zinslichen Wertpapieren	Aktien	Geldmarkt- papieren		
1970	21,2	1,5	7,8	5,4	7,8	10,2	1,4	-	3,7	59,0
1971	28,0	2,0	9,6	5,4	10,2	7,7	0,9	-	3,4	67,2
1972	31,7	3,5	11,6	6,9	11,9	10,5	-0,4	-	4,3	80,0
1973	15,7	5,4	17,7	8,5	13,0	10,5	1,5	0,4	4,9	77,6
1974	31,9	4,8	10,7	5,6	13,9	9,1	0,2	0,2	7,2	83,6
1975	66,0	8,9	-9,6	6,8	15,3	8,7	1,6	-0,3	6,8	104,0
1976	35,0	10,4	5,2	6,6	17,0	18,9	-0,0	0,7	8,0	101,8
1977	27,5	13,3	13,4	6,5	18,8	11,1	1,2	0,2	6,6	98,6
1978	29,8	10,2	16,0	7,2	21,0	9,2	1,9	0,4	8,7	104,4
1979	13,8	14,6	20,7	7,7	22,8	27,7	-0,9	0,8	11,0	118,2
1980	8,9	17,5	24,4	6,3	25,4	25,1	-0,9	0,4	13,3	120,4
1981	-2,6	14,0	24,8	5,7	27,7	48,2	-2,0	0,7	12,7	129,2
1982	36,2	14,3	10,4	4,8	31,8	17,2	0,5	1,9	9,6	126,7
1983	30,5	11,0	3,3	4,8	36,2	17,6	3,7	-1,4	9,2	114,9

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.- 2) Einschließlich Inhabersparschuldverschreibungen und Finanzierungsschätze des Bundes.- 3) Bargeld, Sichteinlagen und Termingelder.- 4) Zunahme der Ansprüche gegen betriebliche Pensionsfonds und sonstiger Forderungen.

Quellen: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1982, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4; Finanzierungsströme sowie Bestände an Forderungen und Verpflichtungen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1983. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 5/1984; Geldvermögensrechnung des DIW.

auf Sparbüchern gutgeschrieben worden. Zu vermuten ist, daß ein Großteil der alljährlichen Spareinlagen aus Zinserträgen (1982: 28 Mrd. DM, 1983: 21 Mrd. DM) stammt, die die Sparer auf ihren Konten beließen; insofern wurde die Ersparnis in den letzten Jahren hier weitgehend „aus sich selbst heraus“ finanziert. Erhebliches Interesse haben die privaten Haushalte seit längerem für den Sparbrief gezeigt — eine Anlageform zwischen Konten- und Wertpapiersparen, mit der sich ohne Kursrisiko eine beachtliche Rendite erzielen läßt.

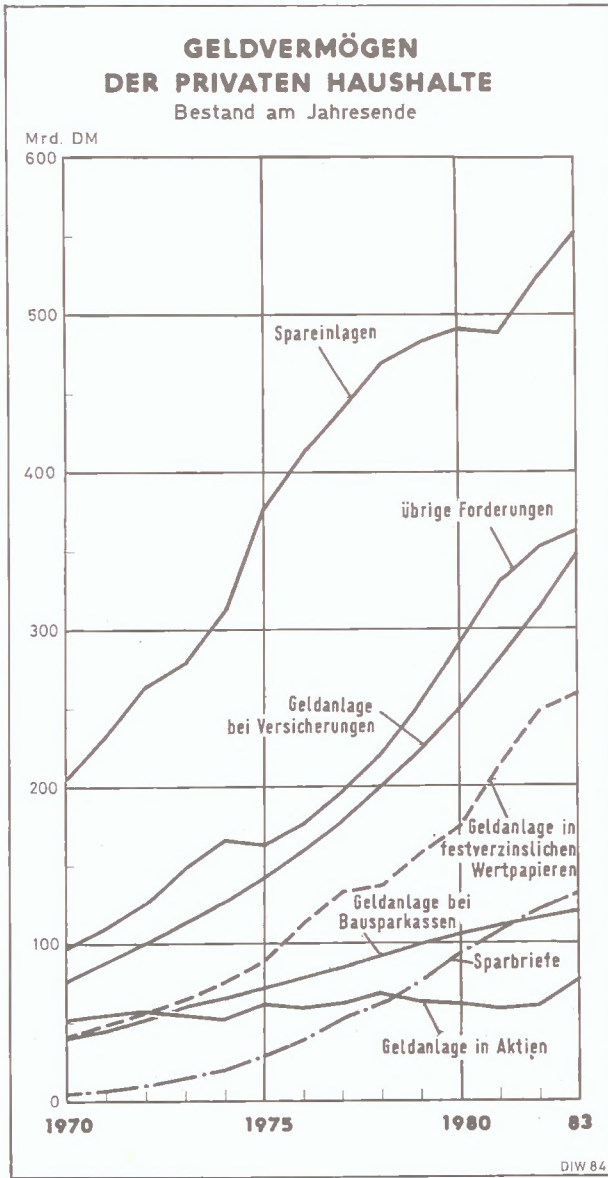
Ihre sonstigen Geldanlagen bei Banken haben die privaten Haushalte in den letzten Jahren drastisch reduziert. 1981 waren — wie erwähnt zu Lasten der Spareinlagen, aber auch der privaten Kassenhaltung — fast 27 Mrd. DM, ein Jahr später nur noch 5 Mrd. DM als Festgelder angelegt worden. 1983 wurden per Saldo erhebliche Beträge von privaten Terminkonten abgezogen, bis in der zweiten Hälfte des Jahres steigende Zinssätze wieder zu einem Nettozufluß führten. Die Geldanlage privater Haushalte bei Bausparkassen ist seit einiger Zeit tendenziell rückläufig. In zunehmendem Maße sind Haushalte mit ihrem Einkommen aus dem Bereich staatlicher Bausparförderung hinausgewachsen, und ohne diese Förderung ist die Anziehungskraft des Bausparens offensichtlich geringer geworden. Auch die vergleichsweise schwache Einkommensentwicklung in den letzten Jahren sowie Einkommenseinbußen aufgrund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit haben ihre Spuren hinterlassen und — verstärkt durch weiterhin moderate Einkommenserwartungen — dazu geführt, daß nicht wenige Familien ihren Wunsch nach einem Eigenheim zurückstellen oder ganz aufgeben mußten, weil ihnen die Kostenbelastung nicht

tragbar erschien. 1983 sind — ebenso wie im Vorjahr — nur knapp 5 Mrd. DM auf Bausparkonten geflossen.

Außerordentlich expansiv hat sich das Engagement privater Haushalte bei Versicherungsunternehmen entwickelt. 1983 haben sie mit 36 Mrd. DM fast ein Drittel ihres neugebildeten Geldvermögens auf Versicherungsverträge eingezahlt. Der größte Teil ist an Lebensversicherungen geflossen — für Selbständige nach wie vor die wichtigste Form der Altersvorsorge. Doch auch zahlreiche Arbeitnehmer haben, um sich und ihre Familie für Alter und Todesfall zusätzlich zu Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung und der betrieblichen Altersversorgung finanziell abzusichern, eine Lebensversicherung abgeschlossen, allerdings zumeist mit einer vergleichsweise niedrigen Versicherungssumme. In zunehmendem Maße haben sie dabei die staatliche Förderung nach dem Dritten Vermögensbildungsgesetz in Anspruch genommen. Von Bedeutung sind ferner die sogenannten Restschuld- oder Risikolebensversicherungen zur Sicherung von Krediten.

Erhebliche Mittel haben die privaten Haushalte in allen Jahren der Berichtszeit zum Kauf festverzinslicher Wertpapiere verwendet. Als 1981 die Umlaufrendite dieser Papiere zeitweilig auf mehr als 11% stieg, wurde ein Rekordergebnis von 48 Mrd. DM erzielt. Nach dem Rückgang des Kapitalmarktzinses haben die privaten Haushalte — so wie es der „klassischen Rolle des Sparer auf dem Kapitalmarkt“ entspricht⁹ — ihre Rentenkäufe frei-

⁹ Vgl. Private Haushalte tragen zur Stabilisierung des Kapitalmarktes bei. Bearb.: Reinhard Pohl. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 22/1983.



lich wieder vermindert; doch leiteten sie sowohl 1982 als auch 1983 immerhin mehr als 17 Mrd. DM in diese Geldanlageform. Besondere Nachfrage fanden jeweils Anleihen der öffentlichen Hand, insbesondere Bundesobligationen, die erst seit 1979 auf dem Markt sind.

Aktien sind im Gegensatz zu Rentenpapieren für die Geldanlage privater Haushalte in der Berichtszeit von recht geringer Bedeutung gewesen. Auch als 1977 die Doppelbelastung von Dividendenausschüttungen mit Körperschaft- und Einkommensteuer beseitigt wurde, führte dies nur vorübergehend zu einem stärkeren privaten Engagement am Aktienmarkt. Erst die stürmische Aufwärtsbewegung der Aktienkurse im Jahre 1983 hat das Interesse privater Geldanleger wieder auf Dividendenpapiere gelenkt. Abzuwarten bleibt, ob das 1984 in Kraft getretene Vierte Vermögensbildungsgesetz einen

weiteren Anstoß bewirkt — dieses Gesetz erhöht die vermögenswirksamen Leistungen an Arbeitnehmer von 624 DM auf 936 DM jährlich, sofern die zusätzlichen 312 DM als ertragsabhängige Kapitalbeteiligung angelegt werden.

Einschließlich der Ansprüche gegen betriebliche Pensionsfonds hatten die privaten Haushalte zum Ende des vergangenen Jahres insgesamt einen Geldvermögensbestand in Höhe von fast 1,9 Bill. DM angesammelt — mehr als dreimal so viel wie 1970¹⁰. Je Haushalt gerechnet, ergab sich ein Durchschnittsvermögen von knapp 76 000 DM (1983) gegenüber rund 24 000 DM (1970). Freilich ist die Streuung der Vermögensverteilung erheblich. Nach wie vor ist der größte Teil des Geldvermögens bei Banken angelegt; der Anteil der Einlagen auf Sparkonten allerdings ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Dies läßt erkennen, daß auch Erst-, Klein- und Vorsorgesparer, die den Ertragsaspekt ihrer Geldanlage bisher eher vernachlässigten, jetzt „renditebewußter“ geworden sind. Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist haben in der Berichtszeit kaum jemals eine „Realverzinsung“ erbracht, denn der Spareckzins ist fast immer hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurückgeblieben. Der „Realzins“ von Rentenpapieren dagegen hat im Durchschnitt um reichlich 3 vH über der Preissteigerungsrate gelegen; der Anteil dieser Papiere am Geldvermögen der privaten Haushalte ist in der Berichtszeit kräftig gestiegen.

Kreditaufnahme, Verpflichtungen und Nettogeldvermögen der privaten Haushalte

Der jährlichen Geldvermögensbildung durch private Haushalte steht die Kreditaufnahme zu Konsumzwecken¹¹ gegenüber. Diese Kreditaufnahme hat sich in deutlichen Schwankungen vollzogen; neben Zinsniveau und -entwicklung ist hier nicht zuletzt auch die Einschätzung der konjunkturellen Lage und ihrer Veränderung von Bedeutung gewesen. In wirtschaftlich unsicheren Jahren haben sich die privaten Haushalte mit der Aufnahme von Konsumentenkrediten auffällig zurückgehalten, ihre Zurückhaltung aber aufgegeben, wenn sich die wirtschaftlichen Aktivitäten wieder belebten. Dieses Verlaufsmuster ist in den achtziger Jahren erneut zutage getreten. 1983 haben die privaten Haushalte Konsumentenkredite in Höhe von 12 Mrd. DM in Anspruch genommen — zwei Drittel mehr als 1981. Stark gestiegen im Vergleich zu den Vorjahren ist die Aufnahme langfristiger Kredite. Offenbar ist nun der Nachfragestau bei langlebigen Gebrauchsgütern abgebaut worden, der sich in den Jahren der Kreditzurückhaltung gebildet hatte.

¹⁰ Dabei wurden die Bestände an festverzinslichen Wertpapieren und Aktien zu Tageskursen bewertet.

¹¹ Ohne Kreditaufnahme für den Wohnungsbau.

Geldvermögen der privaten Haushalte¹⁾

Bestand am Jahresende in Mrd. DM

Jahr	Spar- einlagen	Spar- briefe 2)	Sonstige Geldanlage bei Banken ³⁾	Geldanlage bei		Geldanlage in			Sonstige Forderungen 5)	Ins- gesamt
				Bau- spar- kassen	Versi- cherungen	festver- zinsl. Wert- papieren 4)	Aktien 4)	Geldmarkt- papieren		
1970	205,0	4,8	64,4	39,6	78,0	40,6	52,0	-	32,7	517,1
1971	233,0	6,8	74,1	44,9	88,4	48,1	55,4	-	36,2	586,9
1972	264,7	10,3	85,7	52,1	100,5	56,3	57,9	-	40,4	667,9
1973	280,3	15,7	103,3	60,8	113,6	65,4	56,0	0,4	45,3	740,8
1974	312,2	20,5	114,1	66,5	127,7	76,1	53,0	0,7	52,5	823,3
1975	378,2	29,4	104,4	73,3	143,1	89,6	62,4	0,3	59,3	940,0
1976	413,1	39,8	109,6	79,9	160,3	114,4	59,9	0,9	67,3	1 045,2
1977	440,6	53,1	123,1	86,3	180,3	134,5	62,9	1,1	73,9	1 155,8
1978	470,6	63,3	139,1	93,6	202,5	138,7	69,0	1,6	82,6	1 261,0
1979	484,4	77,9	159,8	101,3	225,5	158,2	64,1	2,5	93,6	1 367,3
1980	493,3	95,4	184,1	107,7	251,1	176,7	63,2	2,8	106,8	1 481,1
1981	490,6	109,4	209,1	113,4	282,3	216,2	60,2	3,5	119,5	1 604,2
1982	526,8	123,7	219,5	118,2	315,0	250,3	62,2	5,4	129,2	1 750,3
1983	557,3	134,7	222,7	123,0	351,3	261,6	78,2	4,0	138,4	1 871,2

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck-
des Bundes.- 3) Bargeld, Sichteinlagen und Termingelder.-
2) Einschließlich Inhabersparschuldverschreibungen und Finanzierungsschätze
4) Zu Tageskursen.- 5) Ansprüche gegen betriebliche Pensionsfonds und
sonstige Forderungen.

Quellen: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank
1960 bis 1982, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4; Finanzierungsströme sowie Bestände an Forderungen und Verpflichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1983. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 5/1984; Berechnungen des
DIW.

Kreditaufnahme der privaten Haushalte¹⁾

in Mrd. DM

Jahr	Kurz- fristige Bankkredite	Länger- fristige Bankkredite	Darlehen der Ver- sicherungen	Sonstige Verpflich- tungen	Ins- gesamt
1970	1,1	2,9	0,3	0,0	4,3
1971	3,0	3,6	0,4	0,2	7,2
1972	4,5	5,0	0,6	0,3	10,4
1973	1,2	3,1	0,7	0,3	5,3
1974	-0,3	0,6	0,4	-0,3	0,4
1975	1,0	6,3	0,1	0,3	7,7
1976	3,0	11,1	0,2	0,3	14,6
1977	3,8	11,0	0,2	0,2	15,2
1978	3,5	14,4	0,4	0,1	18,4
1979	4,7	15,1	0,6	0,1	20,5
1980	4,6	6,7	1,0	0,1	12,4
1981	2,6	3,0	1,5	0,2	7,3
1982	3,0	4,9	1,2	0,2	9,3
1983	2,8	8,2	1,1	0,2	12,3

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1982, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4; Finanzierungsströme sowie Bestände an Forderungen und Verpflichtungen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1983. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 5/1984.

Verpflichtungen der privaten Haushalte¹⁾

in Mrd. DM

Jahr	Kurz- fristige Bankkredite	Länger- fristige Bankkredite	Darlehen der Ver- sicherungen	Sonstige Verpflich- tungen	Ins- gesamt
1970	10,8	17,1	1,6	2,8	32,3
1971	13,8	20,7	2,0	2,9	39,4
1972	18,3	25,8	2,6	3,2	49,9
1973	19,5	28,9	3,3	3,5	55,2
1974	19,1	29,6	3,7	3,2	55,6
1975	20,0	35,8	3,7	3,5	63,0
1976	22,9	46,8	3,9	3,8	77,4
1977	26,5	56,3	4,2	4,0	91,0
1978	30,0	69,7	4,5	4,1	108,3
1979	34,7	84,8	5,1	4,3	128,9
1980	39,3	91,5	6,0	4,4	141,2
1981	41,9	94,5	7,5	4,6	148,5
1982	44,9	98,7	8,2	4,8	156,6
1983	47,7	106,7	9,3	4,9	168,6

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1982, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4; Finanzierungsströme sowie Bestände an Forderungen und Verpflichtungen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1983. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 5/1984.

Insgesamt beliefen sich die Verpflichtungen der privaten Haushalte am Ende des vergangenen Jahres auf knapp 169 Mrd. DM. Sie waren mehr als fünfmal so hoch wie Ende 1970 und sind deutlich schneller gestiegen als das Geldvermögen. Je privaten Haushalt gerechnet, ergab sich ein durchschnittlicher Schuldenstand von 1 500 DM (1970) bzw. 6 800 DM (1983).

Nach Abzug der Verpflichtungen verblieb den privaten Haushalten im Jahre 1970 ein Geldvermögensbestand in Höhe von 485 Mrd. DM, der bis zum Ende der Berichtszeit auf etwas über 1,7 Bill. DM gestiegen ist. Nach wie

vor haben die Haushalte neun Zehntel ihres Nettogeldvermögens längerfristig angelegt. Im Durchschnitt entfiel auf jeden Haushalt ein Betrag von 22 500 DM (1970) bzw. reichlich 69 000 DM (1983).

Vermögenseinkommen der privaten Haushalte

Mehr als vier Fünftel des Geldvermögens der privaten Haushalte sind verzinslich angelegt. Aus diesem Vermögensbesitz haben die Haushalte Jahr für Jahr beträchtlich-

Nettogeldvermögen der privaten Haushalte¹⁾

Bestand am Jahresende in Mrd. DM

Jahr	Geldvermögen			Verpflichtungen			Nettogeldvermögen
	Kurzfristig	Längerfristig ²⁾	insgesamt	Bankkredite	Sonstige Verpflichtungen	insgesamt	
1970	63,0	454,1	517,1	27,9	4,4	32,3	484,8
1971	72,4	514,5	586,9	34,5	4,9	39,4	547,5
1972	84,0	583,9	667,9	44,1	5,8	49,9	618,0
1973	102,3	638,5	740,8	48,4	6,8	55,2	685,6
1974	113,5	709,8	823,3	48,7	6,9	55,6	767,7
1975	104,1	835,9	940,0	55,8	7,2	63,0	877,0
1976	109,9	935,3	1 045,2	69,7	7,7	77,4	967,8
1977	124,2	1 031,6	1 155,8	82,9	8,1	91,0	1 064,7
1978	140,6	1 120,4	1 261,0	99,7	8,6	108,3	1 152,7
1979	162,7	1 204,6	1 367,3	119,5	9,4	128,9	1 238,4
1980	188,8	1 292,3	1 481,1	130,8	10,4	141,2	1 340,0
1981	216,8	1 387,4	1 604,2	136,4	12,1	148,5	1 455,7
1982	233,0	1 517,3	1 750,3	143,6	13,0	156,6	1 593,7
1983	232,3	1 638,9	1 871,2	154,4	14,2	168,6	1 702,6

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - 2) Festverzinsliche Wertpapiere und Aktien zu Tageskursen bewertet.

Quellen: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1982, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4; Finanzierungsströme sowie Bestände an Forderungen und Verpflichtungen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1983. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 5/1984; Berechnungen des DIW.

Vermögenseinkommen der privaten Haushalte¹⁾

in Mrd. DM

Jahr	Zinsgutschriften auf					Sonstige Zinsen, Nettopachten u. ä. 3)	Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit	Vermögenseinkommen insgesamt	Nachrichtlich: Zinsen auf Konsumentenschulden	Vermögenseinkommen nach Abzug der Konsumentenschulden
	Spareinlagen	Sparbriefe 2)	Bauspareinlagen	Versicherungen	festverzinsliche Wertpapiere					
1970	10,1	0,2	1,0	4,0	2,6	3,3	2,2	23,4	3,3	20,1
1971	11,0	0,4	1,1	4,5	3,2	3,6	1,9	25,7	4,2	21,5
1972	11,6	0,6	1,3	5,3	4,1	4,2	1,9	29,0	4,8	24,2
1973	15,3	0,9	1,5	6,1	5,1	6,1	2,1	37,1	6,3	30,8
1974	18,2	1,4	1,7	7,1	6,1	4,5	2,5	41,5	7,3	34,2
1975	16,9	1,9	1,9	8,6	6,9	4,0	2,7	42,9	7,1	35,8
1976	16,3	2,7	2,1	9,8	8,4	3,3	2,1	44,7	7,1	37,6
1977	15,4	3,5	2,3	11,0	9,1	5,5	2,8	49,6	7,7	41,9
1978	14,0	4,2	2,5	12,5	9,7	5,0	2,1	50,0	8,6	41,4
1979	17,5	5,4	2,6	14,0	11,8	3,6	2,6	57,5	10,5	47,0
1980	24,2	6,7	2,8	15,9	14,0	6,9	2,8	73,3	14,0	59,3
1981	26,7	7,9	2,9	18,7	19,1	12,9	2,8	91,0	17,8	73,2
1982	27,9	8,9	3,1	20,5	20,7	13,2	2,9	97,2	19,7	77,5
1983	21,3	9,7	3,2	19,7	22,1	9,8	2,9	88,7	18,3	70,4

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - 2) Einschließlich Inhabersparschuldverschreibungen und Finanzierungsschätze des Bundes. - 3) Zinsen auf Termingelder, Emmissionsdisagio bei Geldmarktpapieren, Nettopachten, Einkommen aus immateriellen Werten.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1982, Reihe S. 5, Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1981, Berechnungen des DIW nach Kreditstatistiken der Deutschen Bundesbank.

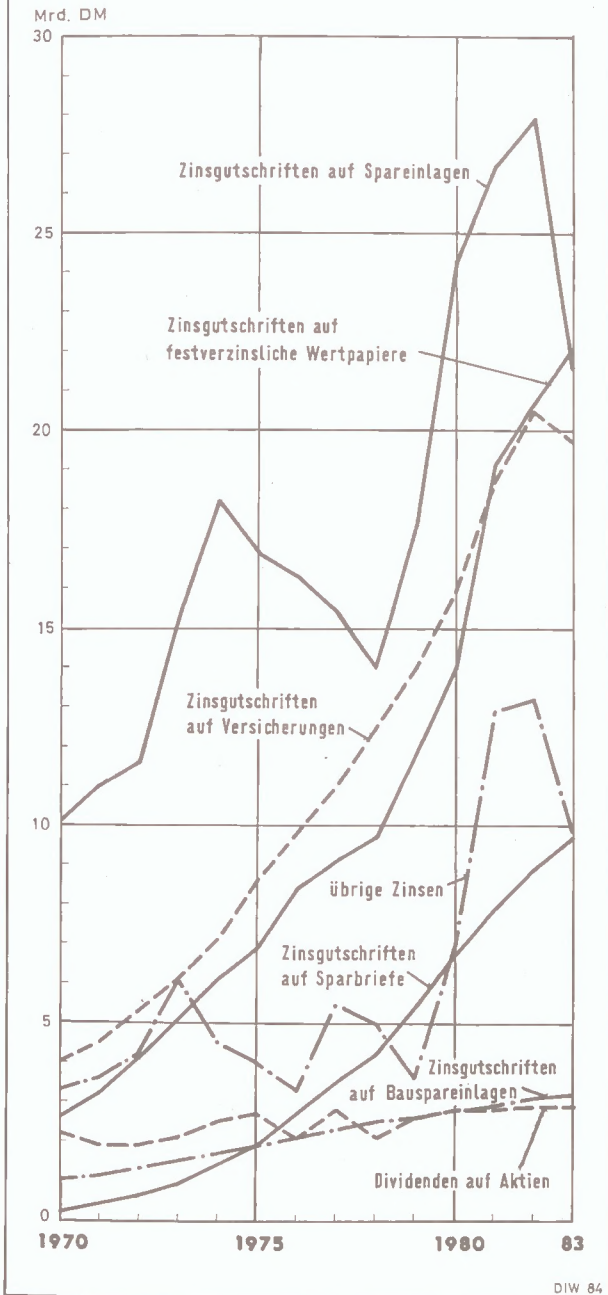
che Erträge erzielt; sie sind wesentlich stärker gestiegen als die übrigen Faktoreinkommen: 1970 machten die von privaten Haushalten empfangenen Zinsen und Dividenden¹² mit 23 Mrd. DM knapp 5 vH, 1982 mit 97 Mrd. DM schon 8 vH ihres gesamten primären Einkommens¹³ aus. Im vergangenen Jahr sind die Vermögenserträge wegen des Zinsrückgangs nicht unerheblich geringer ausgefallen als 1982. Vor allem bei Zinsgutschriften auf Spareinlagen hat es — ebenso wie in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre — einen Einbruch gegeben: 1983 ist

die Summe der auf Sparbüchern gutgeschriebenen Zinsen trotz höheren Einlagenbestandes um fast 7 Mrd. DM geringer gewesen als im Vorjahr und wurde nun erstmals von den Erträgen festverzinslicher Wertpapiere überflü-

¹² Die Vermögenseinkommen werden vor Steuerabzug dargestellt.

¹³ Ohne unterstellte Sozialbeiträge und ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

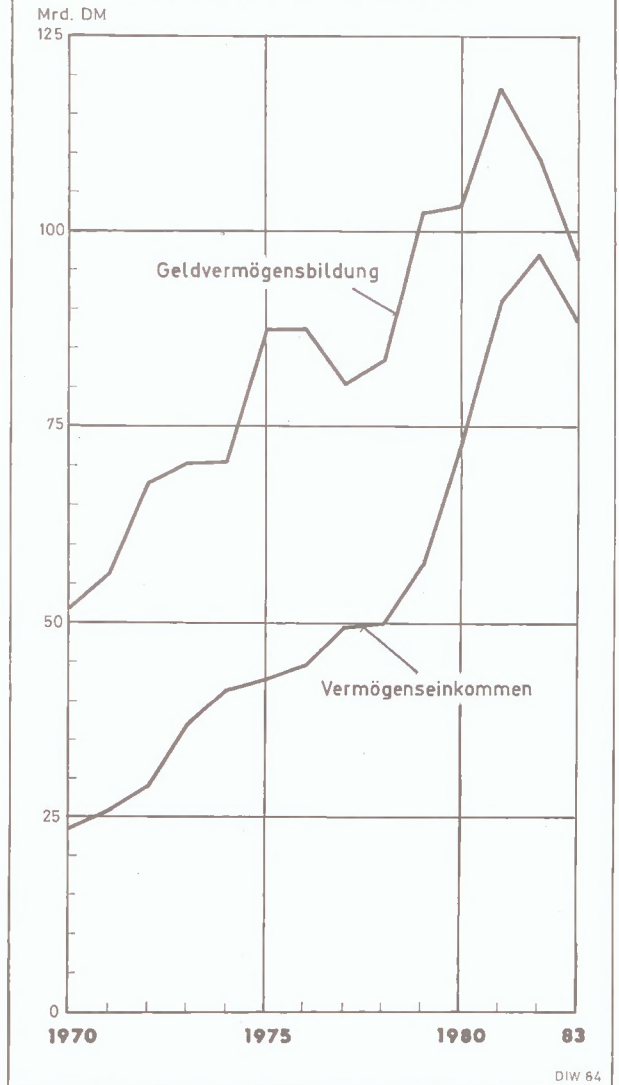
VERMÖGENSEINKOMMEN DER PRIVATEN HAUSHALTE



gelt. Die Zinsgutschriften auf Sparbriefe, deren Rendite dem sinkenden Zinsniveau mit einer Verzögerung folgt, haben indes auch 1983 nicht unerheblich expandiert.

Bauspareinlagen werden vergleichsweise niedrig verzinst, und nach dem Abbau der staatlichen Förderung ist die Rendite für viele Bausparer weiter gesunken. Doch stärker als der Renditeaspekt wiegt hier offensichtlich nach wie vor die Möglichkeit, zinsgünstige Bauspardarlehen in Anspruch zu nehmen.

VERMÖGENSEINKOMMEN UND ZUNAHME DES VERZINSLICH ANGELEGTE GELDVERMÖGENS DER PRIVATEN HAUSHALTE



Zinsen auf Geldanlagen bei Versicherungen werden in der Regel während der Laufzeit der Verträge den eingezahlten Beträgen zugeschlagen und erst beim Fälligwerden zusammen mit der Versicherungssumme ausgezahlt. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden die Zinsen auf Versicherungen periodengerecht verteilt; sie machten in den letzten Jahren fast ein Viertel aller privaten Vermögenseinkommen aus.

Festverzinsliche Wertpapiere haben Jahr für Jahr steigende Erträge erbracht, die — wie erwähnt — zuletzt sogar die Summe der Sparzinsen überflügelten. Dagegen waren die Einkünfte, die private Haushalte aus ihrem Aktienbesitz erzielten, von geringer und abnehmender Be-

Vermögenseinkommen sozialer Gruppen¹⁾

Jahr	Selbständigen		Haushalte von			Rentnern 2)	Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes	Ins- gesamt
	in der Land- und Forstwirtschaft	außerhalb	Ange- stellten	Beamten	Arbeitern			
<u>in Mrd. DM</u>								
1970	0,5	8,4	4,3	1,3	4,0	2,8	0,8	22,1
1971	0,5	8,9	5,0	1,5	4,4	3,1	0,9	24,3
1972	0,6	9,9	5,8	1,7	4,9	3,6	1,0	27,5
1973	0,7	12,7	7,6	2,2	6,2	4,7	1,2	35,3
1974	0,8	13,7	8,7	2,4	6,8	5,6	1,4	39,4
1975	0,8	13,8	9,3	2,5	6,9	5,9	1,5	40,7
1976	0,8	14,1	9,9	2,7	7,0	6,3	1,6	42,4
1977	0,8	15,7	11,1	3,0	7,8	7,1	1,7	47,2
1978	0,8	16,0	11,2	3,0	7,7	7,1	1,7	47,5
1979	0,9	18,1	13,1	3,5	8,8	8,3	1,9	54,6
1980	1,1	22,5	17,2	4,4	11,4	10,6	2,4	69,6
1981	1,2	27,5	21,8	5,4	14,5	13,2	2,9	86,5
1982	1,3	29,3	23,5	5,8	15,4	14,0	3,0	92,3
1983	1,2	27,6	21,2	5,3	13,7	12,5	2,7	84,2
<u>in DM je Haushalt</u>								
1970	910	5 655	1 005	1 000	600	450	740	1 020
1971	945	6 095	1 105	1 130	660	485	835	1 105
1972	1 175	6 780	1 235	1 235	740	550	935	1 235
1973	1 415	8 730	1 570	1 590	940	700	1 125	1 565
1974	1 700	9 450	1 755	1 710	1 035	790	1 320	1 715
1975	1 760	9 650	1 820	1 750	1 075	810	1 415	1 755
1976	1 820	9 965	1 885	1 855	1 110	835	1 510	1 810
1977	1 905	11 135	2 090	2 050	1 225	930	1 605	1 995
1978	1 905	11 190	2 090	2 050	1 215	920	1 605	1 995
1979	2 145	12 655	2 380	2 380	1 395	1 055	1 800	2 270
1980	2 650	15 790	3 035	2 985	1 780	1 340	2 285	2 860
1981	2 965	19 505	3 750	3 660	2 225	1 660	2 790	3 515
1982	3 210	20 560	3 990	3 920	2 365	1 755	2 915	3 735
1983	2 965	19 370	3 585	3 570	2 130	1 545	2 635	3 400

1) Ohne Anstaltsbevölkerung. - 2) Einschließlich sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen oder Vermögenseinkommen leben.
Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

deutung: 1970 machten die Dividenden etwa ein Zehntel aller Vermögenserträge aus, bis zum Ende der Berichtszeit war dieser Anteil auf 3 vH geschrumpft. Zinserträge in beachtlicher Höhe haben die privaten Haushalte zu Beginn der achtziger Jahre aus Festgeldanlagen erzielt.

Auf Konsumentenschulden wurden 1983 Zinsen in Höhe von 18 Mrd. DM gezahlt. Per Saldo sind den privaten Haushalten im vergangenen Jahr also Vermögenseinkommen von reichlich 70 Mrd. DM zugeflossen.

Daß Vermögenserträge eine wesentliche Quelle der alljährlichen Geldvermögensbildung sind, wurde schon eingangs erwähnt. Zwar ist anzunehmen, daß die empfangenen Zinsen und Dividenden nicht in voller Höhe gespart werden; ein Teil dient sicherlich zur Finanzierung von Konsumausgaben. Überwiegend verbleiben Vermögenserträge aber wohl doch — nach ihrer oft „automatischen“ Gutschrift — auf Spar- und Versicherungskonten, werden Wertpapierzinsen erneut angelegt. Vergleicht man die jährlichen Vermögenseinkommen und die Zunahme des verzinslich angelegten Geldvermögens der privaten

Haushalte, so ist zu erkennen, daß der aus Vermögenserträgen stammende, eher „passive“ Teil der Ersparnis im Zeitverlauf an Bedeutung gewonnen hat. Zinsbewegungen am Kapitalmarkt beeinflussen daher auch über die Vermögenseinkommen verstärkt die Geldvermögensbildung¹⁴.

Vermögenseinkommen sozialer Gruppen

An die Privathaushalte im engeren Sinne¹⁵ sind 1983 Vermögenseinkommen in Höhe von rund 84 Mrd. DM geflossen. Informationen über die Verteilung auf soziale Gruppen findet man in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; allerdings werden dort Vermögens-

¹⁴ Vgl. Herbert Höffer: Trends im Sparprozeß. In: Sparkasse. Nr. 6/1984.

¹⁵ Die Privathaushalte im engeren Sinne umfassen nicht die Anstaltsbevölkerung und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, denen für das vergangene Jahr 4,5 Mrd. DM an Vermögenseinkommen zugerechnet wurden.

bestände und ihre Erträge nur unvollständig nachgewiesen¹⁶.

Ein großer Teil der Vermögenseinkommen fließt nach wie vor an die Haushalte von Selbständigen. Diese haben im Durchschnitt ein höheres Einkommen, eine höhere Sparquote und einen größeren Vermögensbestand als andere soziale Gruppen. Allerdings hat der Anteil der an Selbständigen-Haushalte fließenden Vermögenserträge im Laufe der Zeit abgenommen. Einmal ist die Zahl dieser Haushalte seit langem tendenziell rückläufig, zum anderen hat sich ihr durchschnittlicher Geldvermögensbestand schwächer erhöht als der von Arbeitnehmer- und Rentner-Haushalten: Selbständige haben in starkem Ausmaß Sachvermögen gebildet¹⁷.

Auf Arbeitnehmer-Haushalte (einschließlich Haushalte von Arbeitslosen) entfielen 1970 reichlich zwei Fünftel der von Privathaushalten insgesamt empfangenen Vermögenserträge, 1983 war es nahezu die Hälfte. Auch die Haushalte von Rentnern und Versorgungsempfängern des öffentlichen Dienstes erzielten Zinsen in beachtlicher Höhe; Angehörige dieser Gruppen haben in der Regel über längere Zeit hinweg Vermögensbestände in mitunter erheblichem Umfang kumuliert und sie oft auch nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben noch aufge-

stockt. Nach Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1978 sparen Haushalte von Beamtenpensionären von ihrem Nettoeinkommen einen ebenso hohen Anteil wie Arbeiter-Haushalte.

Zwischen den durchschnittlichen Vermögenseinkommen der einzelnen sozialen Gruppen gibt es eine augenfällige Disparität. Die Beträge für Selbständigen-Haushalte lagen jeweils weit über denen anderer Gruppen; 1983 waren sie mit reichlich 19 000 DM fünfmal so hoch wie die Durchschnittswerte für Angestellten- und Beamten-Haushalte (3 600 DM). Für Arbeiter-Haushalte wurden mittlere Vermögenseinkünfte von 2 100 DM errechnet, die fast um die Hälfte geringer waren als die anderer Arbeitnehmer-Haushalte. Auch Haushalte von Beamtenpensionären lagen mit durchschnittlich 2 600 DM über Arbeiter-Haushalten, während auf Rentner-Haushalte nur 1 500 DM entfielen.

¹⁶ Vgl. Manfred Euler: Probleme der Erfassung von Vermögensbeständen privater Haushalte in Einkommens- und Verbrauchsstichproben. In: *Wirtschaft und Statistik*. Heft 4/1981.

¹⁷ Vgl. Ersparnisbildung und Geldvermögen der Haushalte von Arbeitnehmern, Selbständigen und Rentnern. In: *Monatsberichte der Deutschen Bundesbank*. Nr. 11/1977.

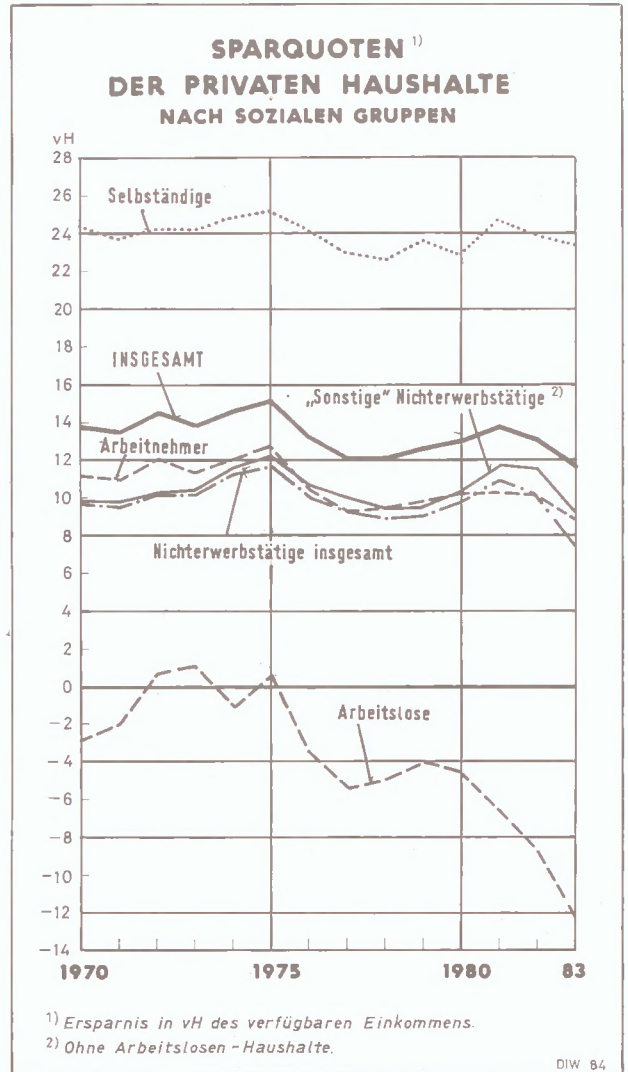
Gedrückte Realeinkommen dämpfen private Sparneigung

Zur Entwicklung der Sparquoten der sozialen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland

Bis Mitte der siebziger Jahre konnte in der Bundesrepublik Deutschland von einem Sparboom gesprochen werden. Die Sparquote¹ der privaten Haushalte, die sich in den fünfziger Jahren von 3 vH auf knapp 9 vH erhöht hatte, stieg bis zum Jahre 1975 auf den Rekordstand von 15 vH. Danach ist sie — von einer kurzen Phase vermehrter Spartätigkeit in den Jahren 1979 bis 1981 abgesehen — bis 1983 auf 11½ vH gesunken, einen Wert, den sie schon Mitte der sechziger Jahre erreicht hatte.

Dieser deutliche Rückgang ist vor allem auf die sowohl außenwirtschaftlich (Ölverteuerung, sinkende Terms of Trade) als auch binnenwirtschaftlich (Investitionsschwäche) bedingte Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation vieler Haushalte zurückzuführen. Besonders hart getroffen wurden Arbeitslose und ihre engsten Angehörigen; die Zahl der Personen, die in Haushalten leben, deren Haushaltsvorstand arbeitslos ist, stieg im letzten Jahrzehnt von 300 000 auf 2½ Millionen. Diese Haushalte, die häufig lediglich Arbeitslosengeld oder — nach längerer Arbeitslosigkeit — nur Arbeitslosen- oder Sozialhilfe beziehen, müssen — soweit vorhanden — auf Ersparnisse zurückgreifen. Dagegen haben die Haushalte der sonstigen Nichterwerbstätigen per Saldo noch gespart, zuletzt allerdings weniger als früher, weil die staatlichen Transferleistungen nur noch abgeschwächt zunehmen. Daß immer mehr Menschen vorzeitig in den Ruhestand gehen, hat die Entwicklung der Sparquote kaum berührt. Jedenfalls haben sich die Sparquoten in Arbeitnehmer-Haushalten und Nichterwerbstätigen-Haushalten (ohne Arbeitslose) in den letzten Jahren stark einander angenähert. Aber auch zahlreiche Arbeitnehmer erlitten, vor allem in den Jahren 1981 bis 1983, Realeinkommenseinbußen, welche die Sparleistung nachhaltig beeinträchtigten. Am wenigsten gesunken ist die Sparquote der Haushalte von Selbständigen. Dies liegt weniger daran, daß sich deren wirtschaftliche Situation kaum verschlechtert hätte. Ein Grund ist vielmehr darin zu sehen, daß Geldersparnisse in letzter Zeit generell eine bessere Rendite versprachen als die Verwendung von Gewinnen für Investitionen im eigenen Betrieb.

Um diese verschiedenen, zum Teil gegenläufigen Einflüsse auf die gesamte Sparquote der privaten Haushalte beurteilen zu können, muß man wissen, wie sich die gesamte Haushaltersparnis auf die verschiedenen sozialen Gruppen aufteilt. Zwar veröffentlicht das Statistische Bundesamt — etwa gleichzeitig mit diesem Bericht — seine neuesten revidierten Daten über die Verteilung der Einkommen auf soziale Gruppen bis 1982²; leider gibt es aber zur Zeit noch keine amtlichen Daten zur Einkommensverwendung sozialer Gruppen, die mit der volkwirt-



schaftlichen Gesamtrechnung übereinstimmen. Trotz außerordentlich spärlicher Informationen, die vielfach um Annahmen zu ergänzen waren, hat das DIW versucht, diese statistische Lücke zu schließen. Dabei weichen die Daten des DIW für die Einkommensverteilung aus methodischen Gründen geringfügig von denen des Statistischen Bundesamtes ab.

¹ Ersparnis (Finanzierungssaldo und Saldo der Vermögensübertragungen) in vH des verfügbaren Einkommens.

² Vgl. „Wirtschaft und Statistik“, Heft 7/1984, Statistisches Bundesamt, Verlag W. Kohlhammer (Stuttgart und Mainz).

Personen in Privathaushalten und Anstaltsbevölkerung
 Jahresdurchschnitte in 1000 Personen

	Wohnbevölkerung insgesamt	Privathaushalte						Anstalts- Bevölkerung
		Haushalte von:						
		Erwerbstätigen			Nichterwerbstätigen			
Ins- gesamt	Selb- ständigen	Arbeit- nehmern	Ins- gesamt	Arbeits- losen	Sonst. Nicht- erwerbstätigen			
1970	60 651	45 585	7 890	37 695	13 221	165	13 056	1 845
1971	61 284	46 190	7 640	38 550	13 434	205	13 229	1 660
1972	61 672	46 580	7 375	39 205	13 587	270	13 317	1 505
1973	61 976	46 620	7 270	39 350	13 886	305	13 581	1 470
1974	62 054	45 990	7 040	38 950	14 644	655	13 989	1 420
1975	61 829	45 090	6 845	38 245	15 419	1 210	14 209	1 320
1976	61 531	44 535	6 615	37 920	15 766	1 165	14 601	1 230
1977	61 400	44 345	6 505	37 840	15 875	1 145	14 730	1 180
1978	61 327	44 320	6 545	37 775	15 857	1 100	14 757	1 150
1979	61 359	44 335	6 410	37 925	15 924	975	14 949	1 100
1980	61 566	44 480	6 325	38 155	16 021	995	15 026	1 065
1981	61 682	44 185	6 150	38 035	16 467	1 425	15 042	1 030
1982	61 638	43 540	6 160	37 380	17 108	2 040	15 068	990
1983	61 421	42 770	6 135	36 635	17 701	2 515	15 186	950

Quellen: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des DIW.

Aufteilung der Sparquote auf die sozialen Gruppen

Die Berechnungen des DIW basieren auf den vom Statistischen Bundesamt im Jahre 1982 veröffentlichten, in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingebetteten Angaben über die Einkommensverteilung und -verwendung nach Haushaltgruppen für die Jahre 1962 bis 1980³. Das DIW folgt der vom Statistischen Bundesamt verwendeten Abgrenzung und Untergliederung der Bevölkerung nach Privathaushalten. Die Haushaltsvorstände werden nach der Beteiligung am Erwerbsleben und nach der Stellung im Beruf unterschieden. Zu den Erwerbstätigen-Haushalten rechnen die Haushalte von Selbständigen und Arbeitnehmern; die Nichterwerbstätigen-Haushalte umfassen neben Haushalten, deren Vorstand Renten- und Vermögenseinkommensempfänger ist, vor allem Arbeitslosen-Haushalte. Die Zuordnung eines Privathaushaltes richtet sich nach dem überwiegenden Lebensunterhalt des Haushaltsvorstandes.

In der öffentlichen Diskussion versteht man in der Regel unter der „Sparquote“ die Ersparnis der Privathaushalte, der Anstaltsbevölkerung und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck im Verhältnis zum verfügbaren Einkommen ohne nichtentnommene Gewinne der Selbständigen.

Als Zeitreihe hat das Statistische Bundesamt jedoch nur Daten für Privathaushalte (im engeren Sinne) einschließlich der nichtentnommenen Gewinne der „Selbständigen“ (Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) veröffentlicht. Die Daten für die Anstaltsbevölkerung und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zusammengenommen ergeben sich als Differenz zu den Gesamttaggregaten in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Das DIW hat deshalb die Einkommen — und die entsprechende Verwendung — der Selbständigen-Haushalte um die nichtentnommenen Gewinne der Selbständigen gekürzt und um die Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter und der Anstaltsbevölkerung erhöht. Die vom DIW vorgenommene Zuordnung tangiert die „echte“ Sparquote der Selbständigen-Haushalte nur wenig.

Bis 1980 wurde für die DIW-Rechnungen die Einkommens- und Verwendungsstruktur, d.h. die Anteile der einzelnen Haushaltsgruppen an den Gesamttaggregaten, die sich nach der Umrechnung der Daten des Statistischen Bundesamtes für die einzelnen sozialen-Gruppen errechnen läßt, unverändert auf die revidierte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung übertragen. Für die Zeit von 1981 an mußten die Einkommensanteile — sie haben eine relativ gleichmäßige Entwicklung — extrapoliert werden. Bei der Aufgliederung der Einkommen nach Verbrauch und Ersparnis für die Zeit 1981 bis 1983 wurden die vom Statistischen Bundesamt erhobenen Wirtschaftsrechnungen für ausgewählte private Haushalte herangezogen.

Außerdem hat das DIW versucht, das verfügbare Einkommen und seine Verwendung von Nichterwerbstätigen-Haushalten getrennt nach Arbeitslosen-Haushalten und „sonstigen“ Nichterwerbstätigen-Haushalten zu schätzen. Hierzu benutzt wurden die relativ guten Informationen über die Zahl der Arbeitslosen und die Dauer der Arbeitslosigkeit und die — freilich sehr lückenhaften — Angaben aus verschiedenen Befragungen und Untersuchungen über das Einkommen und seine Verwendung in Arbeitslosen-Haushalten.

³ Vgl. „Wirtschaft und Statistik“, Heft 2/1982, Statistisches Bundesamt, Verlag W. Kohlhammer (Stuttgart und Mainz).

Verfügbares Einkommen und seine Verwendung pro Kopf

Jahr	Verfügbares Einkommen in Haushalten von:						Privater Verbrauch in Haushalten von:							
	Ins-ge-samt	Erwerbstätigen			Nichterwerbstätigen			Ins-ge-samt	Erwerbstätigen			Nichterwerbstätigen		
		Ins-ge-samt	Selb-stän-digen 2)	Arbeits-nehmern	Ins-ge-samt	Arbeits-losen	Sonst. Nicht-erwerbs-tätigen		Ins-ge-samt	Selb-stän-digen 2)	Arbeits-nehmern	Ins-ge-samt	Arbeits-losen	Sonst. Nicht-erwerbs-tätigen
Jahresdurchschnitte in DM														
1970	7 056	7 223	9 712	6 580	6 459	4 182	6 487	6 082	6 151	7 343	5 843	5 832	4 303	5 852
1971	7 724	7 888	11 072	7 120	7 139	4 634	7 178	6 681	6 745	8 432	6 337	6 455	4 732	6 481
1972	8 565	8 669	13 125	7 659	8 196	5 037	8 260	7 331	7 322	9 935	6 730	7 361	5 000	7 409
1973	9 281	9 343	14 003	8 308	9 066	5 508	9 146	7 993	7 949	10 603	7 360	8 144	5 443	8 204
1974	10 068	10 169	15 312	9 052	9 739	5 863	9 921	8 601	8 586	11 492	7 955	8 651	5 924	8 779
1975	10 973	11 099	17 656	9 734	10 587	6 339	10 949	9 320	9 308	13 205	8 497	9 356	6 298	9 617
1976	11 869	12 068	19 509	10 528	11 293	6 670	11 662	10 296	10 342	14 781	9 424	10 161	6 901	10 421
1977	12 628	12 790	20 589	11 206	12 164	7 022	12 564	11 090	11 116	15 845	10 156	11 016	7 397	11 298
1978	13 449	13 680	21 969	11 991	12 788	7 482	13 184	11 827	11 892	16 989	10 853	11 643	7 855	11 925
1979	14 537	14 890	25 318	12 825	13 531	8 051	13 888	12 700	12 838	19 311	11 556	12 306	8 379	12 562
1980	15 544	15 921	27 585	13 662	14 471	8 553	14 863	13 547	13 723	21 280	12 259	13 048	8 935	13 320
1981	16 380	16 820	30 247	14 286	15 170	8 779	15 776	14 157	14 390	22 769	12 808	13 517	9 361	13 911
1982	16 795	17 337	30 982	14 727	15 382	8 853	16 266	14 592	14 891	23 566	13 231	13 815	9 623	14 382
1983	17 228	17 942	32 291	15 167	15 465	8 835	16 563	15 224	15 594	24 744	13 824	14 312	9 924	15 039
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr														
1971	9,5	9,2	14,0	8,2	10,5	10,8	10,6	9,9	9,6	14,8	8,5	10,7	10,0	10,8
1972	10,9	9,9	18,5	7,6	14,8	8,7	15,1	9,7	8,6	17,8	6,2	14,0	5,7	14,3
1973	8,4	7,8	6,7	8,5	10,6	9,4	10,7	9,0	8,6	6,7	9,4	10,6	8,9	10,7
1974	8,5	8,8	9,3	9,0	7,4	6,4	8,5	7,6	8,0	8,4	8,1	6,2	8,8	7,0
1975	9,0	9,1	15,3	7,5	8,7	8,1	10,4	8,4	8,4	14,9	6,8	8,1	6,3	9,5
1976	8,2	8,7	10,5	8,2	6,7	5,2	6,5	10,5	11,1	11,9	10,9	8,6	9,6	8,4
1977	6,4	6,0	5,5	6,4	7,7	5,3	7,7	7,7	7,5	7,2	7,8	8,4	7,2	8,4
1978	6,5	7,0	6,7	7,0	5,1	6,6	4,9	6,6	7,0	7,2	6,9	5,7	6,2	5,6
1979	8,1	8,9	15,2	7,0	5,8	7,6	5,3	7,4	8,0	13,7	6,5	5,7	6,7	5,3
1980	6,9	6,9	9,0	6,5	7,0	6,2	7,0	6,7	6,9	10,2	6,1	6,0	6,6	6,0
1981	5,4	5,6	9,7	4,6	4,8	2,6	6,1	4,5	4,9	7,0	4,5	3,6	4,8	4,4
1982	2,5	3,1	2,4	3,1	1,4	0,8	3,1	3,1	3,5	3,5	3,3	2,2	2,8	3,4
1983	2,6	3,5	4,2	3,0	0,5	-0,2	1,8	4,3	4,7	5,0	4,5	3,6	3,1	4,6

1) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. - 2) Haushalte mit Selbständigen als Haushaltsvorstand, charakter.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1982, S. 75 f. "Einkommensverteilung und -verwendung nach Heft 6/1984, S. 542 ff. "Budgets ausgewählter privater Haushalte 1983 (Ergebnis der laufenden Wirtschaftsrechnungen)", Bearb. J. Angele; gaben ausgewählter privater Haushalte" und "Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für 1973 und 1978 - Einnahmen und Ausgaben rechnungen) Reihe 1 "Konten und Standardtabellen". Bundesanstalt für Arbeit (Herausgeber): "Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Berufsforschung (Herausgeber): "Die Belastungen des Haushalts durch Arbeitslosigkeit", Bearb. C. Brinkman und E. Spitznagel. sungsbericht 85 (Sozialforschung) "Die Bewältigung von Arbeitslosigkeit im zeitlichen Verlauf", Bearb. Ch. Büchtemann/Infratest berichte der Deutschen Bundesbank Nr. 5/1984, "Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung". Berechnungen des DIW.

Tendenzieller Rückgang der Sparquote von Unselbständigen

Im vergangenen Jahrzehnt wiesen die Sparquoten der Haushalte von Arbeitnehmern wie auch der Haushalte von Nichterwerbstätigen recht ausgeprägte Schwankungen auf. Während der Rezession Mitte der siebziger Jahre, vor allem in der Phase besonders stark steigender Arbeitslosigkeit von 1974 und der ersten Hälfte 1975, hatte sich die Sparquote der Haushalte der Unselbständigen (Arbeitnehmer und Nichterwerbstätige) insgesamt beachtlich vergrößert, von 11,1 vH (1973) auf 12,4 vH

(1975). Mit der konjunkturellen Erholung ging sie zunächst auf 9,3 vH im Jahre 1978 zurück. Danach erhöhte sie sich wieder, und zwar bis in die folgende Rezession hinein, die — gemessen an der Kapazitätsauslastung in der Industrie — von Anfang 1980 bis Ende 1982 dauerte, doch mit ihren Auswirkungen auf den Verlauf der Arbeitslosigkeit bis weit ins Jahr 1983 reichte. Aber im Gegensatz zur Rezession 1973/75 ist die Sparquote in Unselbständigen-Haushalten diesmal in einer Phase besonders rasch zunehmender Arbeitslosigkeit nicht gestiegen, sondern merklich, von 10,5 vH im Jahre 1981 auf 8,4 vH im Jahre 1983, gesunken. Außerordentlich stark war der Ein-

nach sozialen Gruppen¹⁾

Ins-ge-samt	Ersparnis in Haushalten von:					
	Erwerbstätigen			Nichterwerbstätigen		
	Ins-ge-samt	Selb-ständ-igen ²⁾	Arbeit-nehmern	Ins-ge-samt	Arbeits-losen	Sonst. Nichter-werb-stätigen
975	1 072	2 370	737	626	-121	636
1 043	1 144	2 640	783	685	-98	697
1 234	1 347	3 190	929	834	37	851
1 288	1 394	3 401	948	922	66	941
1 467	1 583	3 820	1 098	1 088	-61	1 142
1 653	1 791	4 450	1 237	1 231	41	1 332
1 574	1 726	4 728	1 105	1 133	-232	1 242
1 538	1 674	4 744	1 050	1 148	-376	1 266
1 622	1 788	4 980	1 138	1 145	-373	1 258
1 838	2 052	6 007	1 269	1 225	-328	1 326
1 997	2 199	6 305	1 403	1 423	-382	1 543
2 223	2 430	7 477	1 478	1 653	-582	1 865
2 203	2 446	7 416	1 496	1 568	-770	1 884
2 004	2 348	7 546	1 343	1 153	-1 089	1 524
7,0	6,7	11,4	6,2	9,3	-	9,6
18,3	17,8	20,8	18,7	21,9	-	22,1
4,4	3,5	6,6	2,0	10,5	-	10,7
13,9	13,6	12,3	15,8	18,0	-	21,3
12,7	13,1	16,5	12,7	13,1	-	16,7
-4,8	-3,6	6,2	-10,7	-8,0	-	-6,8
-2,3	-3,0	0,4	-4,9	1,4	-	2,0
5,4	6,8	5,0	8,3	-0,3	-	-0,6
13,3	14,8	20,6	11,6	7,0	-	5,4
8,7	7,1	5,0	10,6	16,2	-	16,3
11,3	10,5	18,6	5,3	16,1	-	20,9
-0,9	0,7	-0,8	1,2	-5,2	-	1,0
-9,0	-4,0	1,8	-10,2	-26,5	-	-19,1

Anstaltsbevölkerung und private Organisationen ohne Erwerbs-

Haushaltsgruppen¹⁾, Bearb. Dr. K. Schüller; Wirtschaft und Statistik, Fachserie 15 (Wirtschaftsrechnungen) Reihe 1 "Einnahmen und Aus-privater Haushalte -"; Fachserie 18 (Volkswirtschaftliche Gesamt-Arbeit, Arbeitsmarktstatistik". Institut für Arbeitsmarkt- und Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Herausgeber); For-Sozialforschung, Deutsche Bundesbank (Herausgeber); Monats-

bruch bei den Haushalten von Nichterwerbstätigen; hier ging die Sparquote im gleichen Zeitraum um 3½ Prozentpunkte zurück. Dabei schlug zu Buche, daß die Zahl von Haushalten der Arbeitslosen mit längerer Arbeitslosigkeit immer schneller gestiegen ist und die Arbeitslosen immer mehr entsparen, also Geldvermögen auflösen oder sich sogar verschulden müssen. Die Sparquote in „sonstigen“ Nichterwerbstätigen-Haushalten reduzierte sich nämlich nur um 2½ Prozentpunkte, die von Arbeitnehmer-Haushalten sogar nur um 1½ Prozentpunkte.

Bis zu einem gewissen Grade werden die Bewegungen der Sparquote von der Entwicklung der Zinssätze beein-

flußt; hohe Zinsen, wie in den Jahren 1974 und 1981, dämpfen die Konsumentenverschuldung, niedrige Zinsen, wie von 1976 bis 1978, regen sie an. Auch wird die Ersparnis gedrückt, wenn, wie im Jahre 1983, ungewöhnlich viel prämiengünstige Sparguthaben freiwerden und überwiegend in den Konsum fließen. Doch beides reicht zur Erklärung von Tendenz und Schwankungen der Sparquote der Unselbständigen nicht aus. Von großer Bedeutung ist vielmehr, daß die Verbrauchsausgaben — abgesehen von den Mieten und anderem Grundbedarf — nicht primär vom gezahlten, sondern vom als dauerhaft erwarteten Einkommen abhängen. Schon deshalb schlagen sich kurzfristige Schwankungen der laufenden Einkommen in Schwankungen der Sparquote nieder. Diese Bewegung wird verstärkt, wenn zum Beispiel eine Beschleunigung der Expansion der laufenden Einkommen mit einer Vergrößerung der Ungewißheit über das „dauerhafte“ Einkommen einhergeht. So dürften 1974/75 viele Arbeitnehmer angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit auf eine entsprechende Ausweitung des Konsums verzichtet und mehr finanzielle Rücklagen für Notzeiten gebildet haben. Aber auch Rentner-Haushalte (Rentner gehören zu den „sonstigen“ Nichterwerbstätigen) haben damals vermutlich ihr Vorsorgesparen intensiviert, weil sie befürchten mußten, daß als Folge der Rezession mit der Lohnentwicklung auch die daran gekoppelte Entwicklung der Renten gedrückt werde. Umgekehrt nahmen in der folgenden Phase einer starken Abschwächung der Einkommensexpansion die Sparquoten von Arbeitnehmern und von Nichterwerbstätigen deutlich ab. Daß die Einkommensentwicklung weniger zu Lasten der Verbrauchsausgaben ging, dürfte auch daran gelegen haben, daß mit sinkender Arbeitslosigkeit auch die Einkommensrisiken zurückgingen.

Die rapide Ausdehnung der Arbeitslosigkeit von 1981 bis Mitte 1983 hätte eigentlich vermehrtes Vorsorgesparen mit sich bringen müssen. Hierzu kam es deshalb nicht, weil in dieser Zeit die Fähigkeit zum Sparen beeinträchtigt worden war. Verschlechterung der Terms of Trade und Rezession hatten zur Folge, daß die realen Pro-Kopf-Einkommen der Haushalte von Unselbständigen 1983 um 4 vH niedriger waren als 1980; die Verbraucherpreise waren in diesen drei Jahren um 15 vH, die individuellen verfügbaren Nominaleinkommen aber nur um 10 vH gestiegen. Dabei hatten die Haushalte von Arbeitnehmern um 3½ vH, die der „sonstigen“ Nichterwerbstätigen um 3 vH weniger Realeinkommen pro Kopf. Noch sehr viel einschneidender waren natürlich die Realeinkommensverluste in Haushalten, die von Arbeitslosigkeit heimgesucht waren. Diese Entwicklung mußte wie ein Schock wirken. Denn seit langem, auch während der Rezession Mitte der siebziger Jahre, waren die Realeinkommen der Bürger von Jahr zu Jahr gewachsen. So hatten sich die Haushalte, eine Fortsetzung dieses Trends erwartend, auf einen weiter steigenden Verbrauch eingestellt, wobei sie höhere Ausgabenverpflichtungen, wie

Verfügbares Einkommen und seine Verwendung

Jahr	Verfügbares Einkommen in Haushalten von:							Privater Verbrauch in Haushalten von:						
	Ins-ge-samt	Erwerbstätigen			Nichterwerbstätigen			Ins-ge-samt	Erwerbstätigen			Nichterwerbstätigen		
		Ins-ge-samt	Selbst-ständigen 2)	Arbeits-nehmern	Ins-ge-samt	Arbeits-losen	Sonst.-werbs-tätigen		Ins-ge-samt	Selbst-ständigen 2)	Arbeits-nehmern	Ins-ge-samt	Arbeits-losen	Sonst.-werbs-tätigen
in Mrd. DM														
1970	428,0	342,6	94,6	248,0	85,4	0,7	84,7	368,9	291,7	71,5	220,3	77,1	0,7	76,4
1971	473,4	377,5	103,0	274,5	95,9	1,0	95,0	409,4	322,7	78,4	244,3	86,7	1,0	85,7
1972	528,2	416,8	116,6	300,3	111,4	1,4	110,0	452,1	352,1	88,2	263,9	100,0	1,4	98,7
1973	575,2	449,3	122,4	326,9	125,9	1,7	124,2	495,4	382,3	92,7	289,6	113,1	1,7	111,4
1974	624,8	482,1	129,5	352,6	142,6	3,8	138,8	533,7	407,1	97,2	309,8	126,7	3,9	122,8
1975	689,4	526,2	144,2	382,0	163,2	7,7	155,6	585,5	441,3	107,8	333,5	144,3	7,6	136,6
1976	730,3	552,3	153,1	399,2	178,1	7,8	170,3	633,5	473,3	116,0	357,4	160,2	8,0	152,2
1977	775,4	582,3	158,2	424,0	193,1	8,0	185,1	680,9	506,1	121,8	384,3	174,9	8,5	166,4
1978	824,8	622,0	169,1	453,0	202,8	8,2	194,6	725,3	540,7	130,7	410,0	184,6	8,6	176,0
1979	892,0	676,5	190,1	486,4	215,5	7,9	207,6	779,3	583,3	145,0	438,3	196,0	8,2	187,8
1980	957,0	725,1	203,9	521,3	231,8	8,5	223,3	834,0	625,0	157,3	467,7	209,0	8,9	200,1
1981	1 010,3	760,5	217,2	543,4	249,8	12,5	237,3	873,2	650,6	163,5	487,2	222,6	13,3	209,3
1982	1 035,2	772,0	221,5	550,5	263,2	18,1	245,1	899,4	663,1	168,5	494,6	236,3	19,6	216,7
1983	1 058,2	784,4	228,8	555,7	273,7	22,2	251,5	935,1	681,8	175,3	506,5	253,3	25,0	228,4
Veränderungen in vH gegenüber Vorjahr														
1971	10,6	10,2	8,9	10,7	12,3	37,7	12,1	11,0	10,6	9,7	10,9	12,4	36,6	12,2
1972	11,6	10,4	13,2	9,4	16,1	43,2	15,8	10,4	9,1	12,5	8,0	15,3	39,2	15,1
1973	8,9	7,8	5,0	8,9	13,0	23,5	12,9	9,6	8,6	5,0	9,8	13,1	23,0	12,9
1974	8,6	7,3	5,8	7,9	13,3	128,6	11,7	7,7	6,5	4,9	7,0	12,0	133,7	10,2
1975	10,4	9,1	11,3	8,3	14,5	99,7	12,1	9,7	8,4	10,9	7,6	13,9	96,4	11,3
1976	5,9	5,0	6,2	4,5	9,1	1,3	9,5	8,2	7,3	7,5	7,2	11,0	5,5	11,4
1977	6,2	5,4	3,4	6,2	8,5	3,5	8,7	7,5	6,9	5,0	7,5	9,2	5,3	9,4
1978	6,4	6,8	6,8	6,8	5,0	2,4	5,1	6,5	6,9	7,4	6,7	5,6	2,0	5,7
1979	8,1	8,8	12,5	7,4	6,3	-4,6	6,7	7,4	7,9	10,9	6,9	6,1	-5,4	6,7
1980	7,3	7,2	7,2	7,2	7,6	8,4	7,6	7,0	7,1	8,4	6,7	6,7	8,8	6,6
1981	5,6	4,9	6,5	4,2	7,8	47,0	6,3	4,7	4,1	4,0	4,2	6,5	50,1	4,6
1982	2,5	1,5	2,0	1,3	5,3	44,4	3,3	3,0	1,9	3,1	1,5	6,2	47,2	3,6
1983	2,2	1,6	3,3	0,9	4,0	23,0	2,6	4,0	2,8	4,0	2,4	7,2	27,2	5,4

1) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. - 2) Haushalte mit Selbständigen als Haushaltsvorstand, charakter.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1982, S. 75 f. "Einkommensverteilung und -verwendung nach Heft 6/1984, S. 542 ff. "Budgets ausgewählter privater Haushalte 1983 (Ergebnis der laufenden Wirtschaftsrechnungen)", Bearb. J. Angele; gaben ausgewählter privater Haushalte" und "Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für 1973 und 1978 - Einnahmen und Ausgaben rechnungen) Reihe 1 "Konten und Standardtabellen". Bundesanstalt für Arbeit (Herausgeber): "Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Berufsforschung (Herausgeber): "Die Belastungen des Haushalts durch Arbeitslosigkeit", Bearb. C. Brinkman und E. Spitznagel. schungsbericht 85 (Sozialforschung) "Die Bewältigung von Arbeitslosigkeit im zeitlichen Verlauf", Bearb. Ch. Büchtemann/Infratest berichte der Deutschen Bundesbank Nr. 5/1984, "Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung". Berechnungen des DIW.

Mieten, bessere Ausbildung der Kinder, Abzahlungen für Eigenheime u.a.m., übernommen hatten. Deshalb überrascht es nicht, daß der unerwartete Realkeinkommensverlust nicht nur zu einer Reduzierung des realen Verbrauchs geführt hat, sondern auch zu einer Verminderung der Sparquote.

Im Gegensatz zur Sparquote der Unselbständigen hat sich die Sparquote der Haushalte von Selbständigen im letzten Jahrzehnt nicht nennenswert geändert. Hieraus sollte allerdings nicht geschlossen werden, daß die Selbständigen von Wachstumsschwäche und Rezession weitgehend verschont geblieben seien. Zu beachten ist, daß

die hier vorgenommene Berechnung der Haushaltersparnisse der Selbständigen problematisch ist, weil die Grenzen zwischen „Haushalt“ und „Betrieb“ fließend sind. Die Entwicklung der im Haushaltskonto ausgewiesenen „verfügbaren Einkommen“ ist kein zuverlässiger Indikator für die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation der Selbständigen, und die Änderungen der Sparquote dieser Haushalte sind eng mit den betrieblichen Dispositionen verzahnt: Werden für Sachinvestitionen höhere Erträge als für Finanzinvestitionen erwartet, so werden im allgemeinen zu Lasten der „Haushaltersparnis“ mehr Einkommen für Investitionen im Betrieb verwendet (Abb. „Investitionen und Eigenmittel der Unternehmen“),

nach sozialen Gruppen¹⁾

Ersparnis in Haushalten von:						
Insgesamt	Erwerbstätigen			Nichterwerbstätigen		
	Insgesamt	Selbständigen ²⁾	Arbeitnehmern	Insgesamt	Arbeitslosen	Sonst. Nichterwerbstätigen
59,1	50,8	23,1	27,8	8,3	-0,0	8,3
63,9	54,7	24,6	30,2	9,2	-0,0	9,2
76,1	64,8	28,3	36,4	11,3	0,0	11,3
79,8	67,0	29,7	37,3	12,8	0,0	12,8
91,0	75,1	32,3	42,8	15,9	-0,0	16,0
103,9	84,9	36,3	48,6	19,0	0,1	18,9
96,8	79,0	37,1	41,9	17,9	-0,3	18,1
94,4	76,2	36,5	39,8	18,2	-0,4	18,7
99,5	81,3	38,3	43,0	18,2	-0,4	18,6
112,8	93,2	45,1	48,1	19,5	-0,3	19,8
122,9	100,1	46,6	53,5	22,8	-0,4	23,2
137,1	109,9	53,7	56,2	27,2	-0,8	28,1
135,8	108,9	53,0	55,9	26,8	-1,6	28,4
123,1	102,7	53,5	49,2	20,4	-2,7	23,1
8,1	7,6	6,4	8,6	11,1	-	11,1
19,0	18,3	15,4	20,7	23,3	-	22,9
4,9	3,5	4,9	2,4	13,0	-	12,9
14,0	12,0	8,7	14,6	24,4	-	24,9
14,1	13,1	12,4	13,6	19,1	-	18,5
-6,8	-7,0	2,1	-13,7	-5,9	-	-4,2
-2,5	-3,5	-1,7	-5,1	2,0	-	2,9
5,3	6,7	5,1	8,1	-0,3	-	-0,4
13,4	14,7	17,7	12,0	7,4	-	6,8
9,0	7,4	3,3	11,2	16,9	-	16,9
11,5	9,8	15,2	5,0	19,3	-	21,0
-1,0	-0,9	-1,3	-0,5	-1,5	-	1,2
-9,3	-5,8	0,9	-12,0	-23,9	-	-18,5

Anstaltsbevölkerung und private Organisationen ohne Erwerbs-

Haushaltsgruppen¹⁾, Bearb. Dr. K. Schüller; Wirtschaft und Statistik, Fachserie 15 (Wirtschaftsrechnungen) Reihe 1 "Einnahmen und Ausprivater Haushalte -"; Fachserie 18 (Volkswirtschaftliche Gesamt-Arbeit, Arbeitsmarktstatistik". Institut für Arbeitsmarkt- und Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Herausgeber): For-Sozialforschung, Deutsche Bundesbank (Herausgeber): Monats-

Reihe „nicht entnommene Gewinne“). In Zeiten hoher Zinsen für Geldvermögen und niedriger Renditen für Sachinvestitionen nehmen dagegen die „Haushaltsersparnisse“ auf Kosten der nichtentnommenen Gewinne zu.

Ausblick

1984 und 1985 wird die Sparquote aller privaten Haushalte wahrscheinlich auf dem Niveau von 1983 verharren. Allerdings wird sie in den Selbständigen-Haushalten steigen, da die Gewinnentwicklung sowohl eine Ausweitung

Sparquote nach sozialen Gruppen¹⁾

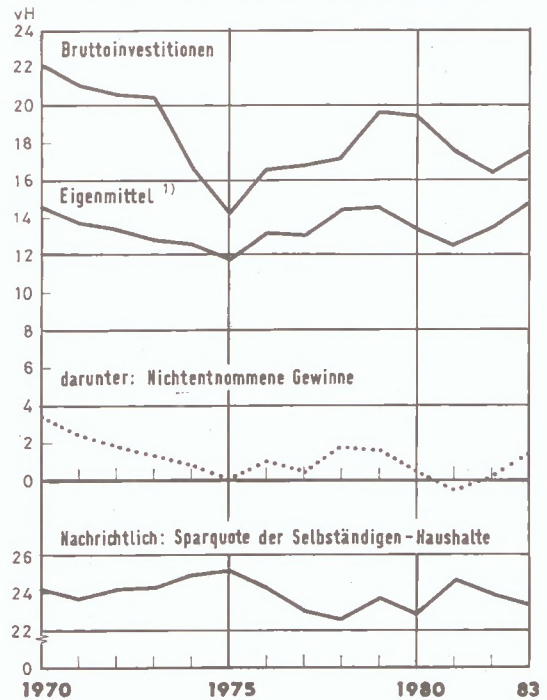
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens

Jahr	Insgesamt	Erwerbstätigen-Haushalte		Nichterwerbstätigen-Haushalte			
		Insgesamt	Selbständigen-Haush. ²⁾	Arbeitnehmer-Haushalte	Insgesamt	Arbeitslosen-Haushalte	Sonst. Nichterwerbstätigen-Haushalte
1970	13,8	14,8	24,4	11,2	9,7	-2,8	9,8
1971	13,5	14,5	23,8	11,0	9,6	-2,1	9,7
1972	14,4	15,5	24,3	12,1	10,2	0,7	10,3
1973	13,9	14,9	24,3	11,4	10,2	1,2	10,3
1974	14,6	15,6	24,9	12,1	11,2	-1,0	11,5
1975	15,1	16,1	25,2	12,7	11,6	0,7	12,2
1976	13,3	14,3	24,2	10,5	10,0	-3,5	10,6
1977	12,2	13,1	23,0	9,4	9,4	-5,4	10,1
1978	12,1	13,1	22,7	9,5	9,0	-5,0	9,5
1979	12,6	13,8	23,7	9,9	9,1	-4,1	9,5
1980	12,8	13,8	22,9	10,3	9,8	-4,5	10,4
1981	13,6	14,5	24,7	10,3	10,9	-6,6	11,8
1982	13,1	14,1	23,9	10,2	10,2	-8,7	11,6
1983	11,6	13,1	23,4	8,9	7,5	-12,3	9,2

Fußnoten und Quellenangaben: Vgl. Tab. "Verfügbares Einkommen und seine Verwendung nach sozialen Gruppen".

INVESTITIONEN UND EIGENMITTEL DER UNTERNEHMEN

in vH des nominalen Produktionspotentials



¹⁾ Einschl. Abschreibungen und Vermögensübertragungen.

der nichtentnommenen Gewinne als auch eine Vergrößerung der Haushaltersparnis zuläßt. Dagegen wird die Sparquote der Unselbständigen nochmals zurückgehen. Trotz konjunktureller Erholung werden sich die Realeinkommen der Unselbständigen 1984 und 1985 nur wenig

erhöhen, die Sparfähigkeit bleibt gedrückt. Zudem wird die Zahl der Personen mit längerer Arbeitslosigkeit — bei insgesamt stagnierender Arbeitslosenzahl — weiter steigen, so daß von dieser Seite her weiter Druck auf die Sparquote ausgehen wird.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 880 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,
Dr. Wolfgang Watter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1983. Bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau.—
Gedruckte Realeinkommen dämpfen private Sparselbungen. Bearbeitet von Karin Müller-Krumholz und Reinhard Pohl.—

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.
Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.